

PRESSEMITTEILUNG

Verbände fordern von Bundesregierung geänderte Regelwerke **Mehr Ressourcenschonung durch Sekundärbaustoffe**

Duisburg, 23. Juli 2025. Sekundärbaustoffe aus dem Recycling und aus industriellen Produktionsprozessen decken bereits 15 Prozent des jährlichen Bedarfs von rund 650 Millionen Tonnen Gesteinsrohstoffen in Deutschland ab. Um dieses Potential weiter zu nutzen und auch in einer transformierten Industriegesellschaft sicherzustellen, fordern neun Branchenverbände in einem Positionspapier an die neuen Bundesministerinnen und -minister für Bau, Verkehr, Umwelt und Wirtschaft konsequente Änderungen der Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Ressourcenmanagement. Dazu zählen vor allem die zeitnahe Novellierung der Ersatzbaustoff-Verordnung, die Produktanerkennung für Sekundärbaustoffe, justiziable Formulierungen im Kreislaufwirtschaftsgesetz für Ausschreibungen der öffentlichen Hand und der Einsatz von Sekundärbaustoffen in Zement und Beton.

Die Unterzeichnenden betonen, dass Sekundärbaustoffe einen wichtigen Beitrag zu Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschonung und Klimaschutz leisten. Zudem wird das beschlossene Sondervermögen Infrastruktur zusätzlich zu einer deutlich ansteigenden Nachfrage nach Baurohstoffen führen. Eine sichere und nachhaltige Versorgung mit Sekundärbaustoffen durch gezielte und pragmatische Anpassungen des Regelwerks ist daher unabdingbar. Die Maßnahmen tragen zudem dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu verbessern.

Das Positionspapier „Nachhaltiges Ressourcenmanagement mit Sekundärbaustoffen. Kernforderungen an die neue Bundesregierung“ haben unterzeichnet der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft BDE, der Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie BDG, der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung bvse, die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen BVMB, die Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft DGAW, die Gütegemeinschaft Metallhüttenschlacken GGMHS, die Interessensgemeinschaft der Aufbereiter und Verwerter von Müllverbrennungsschlacken IGAM, die Interessensgemeinschaft der Thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland ITAD, sowie das FEhS – Institut für Baustoff-Forschung.

Das Positionspapier finden Sie im Anhang.